

Sächsische Volkszeitung

Erscheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage.
Bezugspreis: Vierteljährl. 1 M. 50 Pf. (ohne Postgeld).
Post-Postnummer 6858.
Bei außerdeutschen Postanstalten laut Zeitungs-Preisliste.
Einzelnnummer 10 Pfennige.

Unabhängiges Tageblatt
für Wahrheit, Recht und Freiheit.

Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden, Pillnitzer Straße 43.

Inserate
werden die 6 gespaltene Zeile oder deren Raum mit 15 Pf.
berechnet, bei Wiederholung bedeutender Rabatt.
Redaktions-Sprechstunde: 11—1 Uhr.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1366.

Nr. 156.

Katholiken: Johann.

Sonntag, den 12. Juli 1903.

Protestanten: Heinrich.

2. Jahrgang.

Demokratie und Sozialdemokratie.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt:
Die Sozialdemokratie selbst freilich hat es verstanden, wo es ihr angezeigt erschien, ihre letzten Ziele verhielt zu halten und mit Schlagworten zu drapieren, die sich mehr oder weniger den Wahlparolen der radikal-liberalen bürgerlichen Parteien näherten. Vor allem versuchte sie mit der Parole: „Gegen den Pronuntier“ zu operieren, während sie die revolutionäre Fahne in der Tasche behielt. Es ist wohl anzunehmen, daß auf einen Teil der bürgerlichen Wähler diese Frontverschiebung und dieses Täuschungsmanöver nicht ohne Einfluß geblieben ist.

Wenn in gleichem Sinne hatte die „Frankfurter Zeitung“ erklärt:
„Die Sozialdemokratie arbeitet fast ausschließlich mit dem demokratischen Programm und sieht ihr eigenes Zukunftsprogramm vorzüglich in die Tasche. Nur dadurch hat sie ihre Erfolge erzielt.“
Und ebenso glaubte die „Börsen-Zeitung“ feststellen zu dürfen, die Sozialdemokratie „hat als Demokratie gefiegt, nicht als Sozialismus“.

Der von diesen Blättern behaupteten Tatbestand geben wir ohne weiteres zu. Besonders bei uns in Sachsen hat die Sozialdemokratie es seit Jahren verstanden, sich lediglich in das Gewand der Demokratie zu kleiden. Sie giebt sich als eine Partei aus, deren Forderungen sich einzig und allein auf wirtschaftliche Zustände, auf die Erhaltung und auf die Stärkung von Volksrechten beziehen. Daß die Sozialdemokratie einen Zukunftsstaat anstrebe, wird von ihr nicht mehr so stark wie früher betont, so daß es den Anschein hat, als hätte die Partei dieses ihr Endziel aufgegeben. In diesem Moment hat sie aber in den Augen der Wählerschaft eine ganz andere Bedeutung erlangt. Daher unter-schänkt man ihren wesentlichen politischen Charakter. Die Demokratie tritt als der scheinbar reelle Charakter in den Vordergrund, während der Sozialismus mit seinem „Zukunftsstaat“ von rein imaginärer Bedeutung erscheint. Eine große Anzahl von Personen lassen sich weiter in das Gehege der Sozialdemokratie durch eine große Anzahl von Mißständen treiben, unter welchen sie persönlich leiden. Wir nennen einige wenige:

Gerade die soziale Gesetzgebung, welche der Arbeiterschaft große Vorteile brachte, wird vom Bürgertum mitunter schwer empfunden; es wurden ihr damit Kosten aufgebürdet, die es bei irgendwelcher günstiger Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse gern auf sich nehmen würde.

Die Gesellen- und Lehrlingsfrage, die Frage der Arbeitszeit und, im besonderen noch, die Frage der Arbeitslosigkeit — das alles sind Größenfragen für den Kaufmann und Handwerker. Die staatliche Arbeiterangelegenheitsgesetzgebung hätte sich aus sozialem Pflichtgefühl noch willig tragen lassen. Aber die blühenden Exerzierübungen der Sozialdemokratie, ihr unablässiges Säen von Unzufriedenheit machte aus Lehrlingen, Gesellen und Weibern widerwillige und träge Arbeiter. Solche Widerwilligkeit und Trägheit wuchs mit dem Fortschreiten der Sozialdemokratie. Und das hat für den kleinen Handwerker und Kaufmann unendlich viel, nahezu alles zu bedeuten, wo der ganze Arbeitsvertrag auf Fleiß zur Arbeit und Liebe zum Geschäft, also auf rein persönliche Lässigkeit gestellt ist.

Da ist zweitens die Steuererhebung. Sobald die Steuererhebung Rücksicht nimmt auf die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Steuerträger, wird sie als ein notwendiges Übel empfunden, dem man sich schließlich willig beugt, weil der Staat und das Reich Geld haben muß, um den Apparat erhalten zu können, der es ja ermöglicht, das Recht des Bürgers geschützt zu sehen und vor den äußeren und inneren Feinden sein Eigentum verteidigt zu wissen. Aber die Art und Weise, wie die Steuererhebung bei Tausenden, oft gerade Minderbemittelten, angewendet wird, ist eine schwer drückende. Die Angaben der Einnahmen werden nicht geglaubt; man legt den Steuerträger daher um einige Stufen hinauf. Denjenigen Bürgern, welchen bei ihrem Einkommen das Gewissen zu Rate gestanden hat, sehen sich darin schwer verlost, denn der Staat betrachtet sie als Steuerhinterzieher. Mit der willkürlichen Hinauf-schraubung der Steuererhebung wird der Bürger der Unwahrhaftigkeit geziehen; dadurch wird die öffentliche Sittlichkeit geschädigt, weil der Bürger sich selbst niedriger einschätzen anfangen wird, um nicht ungerechtfertigterweise zu hoch besteuert zu werden. Wir wissen manche Beispiele, wo die Fügigkeit der Steuer-behörde für die Erhöhung der Einnahmen sozialdemokratische Stimmen erzeugt hat. Eine gerechte Steuerverteilung nimmt viel Unzufriedenheit aus der Wählerschaft.

Die Wahlentrechtung in Sachsen wurde bereits wiederholt als Ursache des Anwachsens der sozialdemokratischen Stimmen genannt. Man mag immerhin sagen, daß es unrecht sei, die Unzufriedenheit in Landesangelegenheiten auf das Reich abzuwälzen, die Tatsache bleibt trotzdem bestehen. Die Nachfaktoren, welche die Wahlentrechtung zum Gesetz machten, handelten ja ebenso, wie die Wählerschaft. Freilich waren sie sich der Tragweite ihres Schrittes nicht bewußt. Prof. Dr. Debrink sagt in den „Preuss. Jahrbüchern“ (Zulieferung) sehr richtig:

Diese sächsische Wahlreform war der schwerste Akt der Untreue am Reich, den dies seit seinem Bestande erfahren hat. Um sich selbst die kleine Unbequemlichkeit einer sozialdemokratischen

Exposition im Landtage vom Halle zu schaffen, lud man die Last aufs Reich ab.

Ein merkwürdiger Umstand ist, daß gerade die konservative Partei in Sachsen diesen „Akt der Untreue am Reich“ beging. In der Wahlentrechtung glaubte sie den einzigen Weg zu sehen, um ihre konservative Vorherrschaft zu wahren, welche etwa mit dem Jahre 1890 durch die Gestaltung der Reichspolitik zu wanken begann.

Das Sozialistengesetz war gefallen, die Sozialdemokratie triumphierte und drang siegreich mit vermehrter Macht vor. Das hatte zunächst eine bemerkenswerte Folge. Die sächsische Regierung wollte die Sozialdemokratie in Schranken halten. Nachdem ihr das große Mittel des Ausnahme-gesetzes durch die Reichspolitik aus der Hand geschlagen war, glaubte sie sich unter allen Umständen genötigt, zu kleinen Mitteln zu greifen — zu Polizeimitteln. So nahm denn die sächsische Politik den vielseitig getadelten und nur als diskursiv empfundenen Polizei-Charakter an. Damit hat man die Sozialdemokratie für das Land Sachsen wohl politisch tödlich getroffen, aber unumkehrbar ihre Aktion für den Reichstag ermöglicht. Mit welchem Erfolg, zeigte die letzte Reichstagswahl. Die angehäufte Unzufriedenheit brach sich mit großer Heftigkeit dorthin Bahn. Die Regierung wird gut tun, lieber das sozialdemokratische Nebel im Landtage zu ertragen, um wenigstens Laufende wieder in die Reihen der patriotischen Wählerschaft zurückzuführen. Die Demokratie muß eben in unserem konstitutionellen Leben anerkannt werden, will man nicht, daß die Sozialdemokratie mit dem demokratischen Gedanken haunieren geht.

Es wäre aber vollkommen unrichtig, wollte man jene Demokratie, welche die Sozialdemokratie im Anhängelisch führt, als eine berechtigte betrachten. Die Sozialdemokratie ist proletarische Demokratie, aufgebaut auf dem sozialistischen Prinzip. Denn ein Gemeinwesen, das politisch vom Proletariat, wirtschaftlich aber von einem Unternehmertum bisheriger Art geleitet würde, ist ein Un Ding.

Die bürgerliche Demokratie, welche berechtigt wäre, steht ganz anders aus. Der hl. Vater hat in seinem Rundschreiben über die „Christliche Demokratie“ ein Bild entworfen, welches das Programm anschaulich enthält. Die christliche Demokratie strebt die Lösung der sozialen Fragen an. Aber sie behandelt diese nicht allein vom wirtschaftlichen Standpunkte aus; es ist im Gegenteil zweifelslos, daß sie in erster Linie eine sittliche und religiöse sei, und daher nach den Grundrissen der Moral und Religion geformt werden muß. Der Papst sagt:

„Was auch der Lohn der Arbeiter wachsen, mag auch die Arbeitszeit verkürzt werden, mögen selbst die Lebensmittel billiger werden, so wird doch der Erwerbseifer schwinden und die ganze Lage der Arbeiter sich verschlechtern, wenn der Arbeiter, wie es oft geschieht, auf jene Lehren hört und jenen Beispielen folgt, die ihn dazu verleiten, die Gottesfurcht über Bord zu werfen und die guten Sitten preiszugeben. Die tägliche Erfahrung bestätigt, daß die Wehrzahl der Arbeiter ein ärmtliches und erbärmliches Leben führen, trotz kürzerer Arbeitszeit und größerem Lohne, wenn sie sittenlos und religionslos dahingleben.“

Es wäre aber vollständig unrichtig, wenn man das Wort „Christliche Demokratie“ mißbräuchlich auf das politische Gebiet übertragen würde. Es bedeutet hier nicht „Volksheer“, sondern die christliche Bewegung zur Förderung der Volkswohlfahrt“. Nur wenn Parteien, besonders die konservative Partei, diese Devise auf ihre Fahnen schreiben würden, wie es das Zentrum tut; wenn die im evangelischen Volke ruhende christliche Kraft organisiert wird im Sinne der „christlichen Demokratie“, besonders in den evangelischen Arbeitervereinen, wie es der Volksverein für das kath. Deutschland in so hervorragender Weise bewerkstelligt; wenn alle Kräfte, denen es um die Wohlfahrt des Vaterlandes ernst ist, vorläufig dem gleichen Zwecke zustreben, so wird es gelingen, den demokratischen Wind aus den Segeln der Sozialdemokratie zu nehmen und ihn dem Glücke und Wohlergehen des Volkes dienstbar zu machen. W.

Die Erkrankung des hl. Vaters.

Die Depeschen melden leider ein Fortschreiten der Verschlimmerung im Befinden des Erkrankten. Es ist Grund vorhanden, für das Leben des hl. Vaters zu fürchten. Schon am Freitag vormittag trat eine Verschlimmerung ein. Der „Messagero“ veröffentlicht ein Interview mit Prof. Rossini, welcher erklärte, die Wiedererlangung von Mäßigkeit im Pruffellade bedeute eine Verschlimmerung der Krankheit, jedoch keine unvorhergesehene. In der Mehrzahl der Fälle erneuere sich die Mäßigkeit mehrmals. Es werde eine weitere Operation notwendig sein, die jedoch keine Gefahr in sich schließe. Die Herzschwäche sei eine natürliche Folge dieser Krankheit und des hohen Alters seiner Heiligkeit. Die Herzklappen seien jedoch ohne Fehler, was das wunderbare Funktionieren des Herzens erkläre. Rossini sagte hinzu, er habe geglaubt, den Papst im Sterben zu finden, habe ihn aber im Gegenteil bei klarer Verunft und einer solchen geistigen Frische angetroffen, daß dieser Umstand auch einen erfahrenen Arzt über die Schwere der Krank-

heit täuschen könnte. „Messagero“ sagt, Prof. Rossini hege keine Hoffnung auf Besserung. Er halte den Eintritt des Todes für nicht mehr fern. Rossini und Mazzoni trafen um 1/9 Uhr vormittags im Vatikan ein. In der Wiener Kurierzeitung langte am Freitag folgende an den Pronuntius Kardinal Taliani gerichtete Depesche aus Rom ein:

Befinden des hl. Vaters fortgesetzt schlecht. Verharren wir im Gebete.
Mord. Kampolla.

Wie wir gestern meldeten, wurde sodann ein neuerlicher Verhörsakt vorgenommen. Bevor die Ärzte ihn vornahmen, benachrichtigten sie den Papst von der Notwendigkeit einer neuen Operation; nach 25 Minuten war alles beendet. Der Papst erlitt bei der Operation keine besonderen Schmerzen und dankte nach derselben Mazzoni; man gab dem Papste alsdann Konvulsionen mit Mariola und Ei. Rossini und 4 andere Ärzte sind mit der Prüfung der dem Papste entzogenen 1080 Gramm Serum-Mäßigkeit beschäftigt. Dasselbe ergab, daß tuberkulöse Pleuritis rheumatischen Charakters vor. Der Zustand des Papstes war in den letzten Stunden stationär. Die durch die Operation bewirkte verhältnismäßige Besserung hält an, doch besteht die Befürchtung für das Leben des hl. Vaters fort.

Am 9. d. M. ließen im Vatikan über zwölftausend Depeschen aus aller Herren Länder ein; selbst die islamischen Patriarchen im Orient telegraphierten Besehenswünsche. (Die neuesten Nachrichten befinden sich unter den Telegrammen.)

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Kaiser über die Reichstagswahlen. Aus ziemlich aufsehbarer Quelle wird über Äußerungen berichtet, die der Kaiser neuerdings über die Reichstagswahlen getan haben soll. Sie sollen gefallen sein bei einem kaiserlichen Umhören am Bord der zur Meier Woche erdientenen Yacht des amerikanischen Milliardärs Vanderbilt. Die „Poisoner Zeitung“ will dieselben aus zweiter amerikanischer Quelle erfahren haben. Der Kaiser soll zu Vanderbilt geäußert haben, „er denke nicht daran, den Reichstag anzulösen, selbst dann nicht, wenn die neuen Wählerforderungen nicht durchgehen sollten, was kaum zu befürchten wäre. Er habe das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen vorausgesehen, hege aber deshalb keine Vororgnis für die parlamentarische oder Weltmachtstellung Deutschlands. Was ihm bei gewissen der sozialdemokratischen Partei angehörenden Leuten mißsympathisch sei, wären die gehässigen Angriffe auf hervorragende Männer Deutschlands, die Besseres um ihr Land verdient hätten.“ Von dieser Meldung kann man nur sagen: Es kann sein, daß der Kaiser sich in dieser oder ähnlicher Weise ausgeprochen habe; es kann aber auch nicht sein. Die Quelle, aus der diese Nachricht verbreitet wird, ist uns nicht zuverlässig genug, um auf ihrem Grunde bestimmte Annahmen oder Schlüsse aufzubauen. Wahrscheinlich werden in dieser Zeit der politischen Züfle noch andere Nachrichten über das gleiche Thema ankommen. Allen diesen gegenüber ist die äußerste Vorsicht anzuraten.

Zum sächsischen und Reichs-Wahlrecht. Die „Verl. N. N.“ verbreiten folgenden Satz:

Die Vogt muß zu dem Schluß kommen: In das sächsische Landtagswahlrecht revisionsbedürftig, weil es die Sozialdemokratische Zensur von der Vertretung ausschließt, so ist ebenso das Reichstagswahlrecht revisionsbedürftig, weil es die bürgerliche Weltanschauung Deutschlands — und schließlich bei so weitergehender Einmündung ganz Deutschlands — von der Vertretung im Reichstago fernhält.“

Also der Staat soll das träge Vorkommen retten! Warum raten denn die „N. N.“ ihren Lesern nicht, daß sich das Bürgertum vor allen auf sich selbst, auf seine Pflicht des einzig und toleranzlos bestimmen soll! Ganz einfach, weil die verehrlichen Leser dergleichen nicht gern hören. Hören werden sie aber bei Zeiten lernen müssen. Trömt ihnen erst der „Marschschritt der Arbeiterbataillone“ ins Ohr, dann — ist es zu spät. — Nehliches Optimus verbreiten die „Dresd. Nachr.“ ihren Lesern, wenn sie erklären: wäre das letzte Urteil über Sachsen vor dem 16. Juni gefällt worden, dann würden

noch eine halbe Million sozialdemokratischer Stimmzettel mehr abgegeben werden sein als Frankreich gegen einen Militarismus, der Deutschland auf dieselbe Insel: Ebene wie die sozialrevolutionäre Propaganda hinabdrängt.“

Wer sich durch das Süßenerurteil derart aus dem politischen Gleichgewicht bringen läßt, daß er sofort zum roten Fettel greift, mag das nur tun. Je eher die rechts stehenden Parteien sich unsichere Kantonisten los werden, umso besser. Je stärker die Staatspartei sich reinigt, umso zuverlässiger werden sie in der Gesinnungsmäßigkeit. Von diesem Standpunkt aus haben die „Dresd. Nachr.“ die obige Notiz aber nicht geschrieben, vielmehr von dem, daß die Schuld an dem sozialistischen Siege vom Martell ab und auf irgend einen Sündenbock z. B. das Reich gewälzt werden müsse. Solches Verfahren wird das Bürger